LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
12. Wahlperiode

Drucksache 12/5522
18. 10. 1994

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Michael Henke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Europäische Polizeikommission im Kampf gegen den Rechtsextremismus

Die Kleine Anfrage 2884 vom 27. September 1994 hat folgenden Wortlaut:

Im August 1994 forderte Michel Friedmann, Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland, eine europäische Polizeikommission im Kampf gegen den Rechtsextremismus einzusetzen. Aufgabe dieser europäischen Polizeikommission sollte laut Michel Friedmann die Beobachtung rechtsradikaler und rechtsextremistischer Strömungen in Europa und eine Koordinierung der Ermittlungen über die jeweiligen Ländergrenzen hinaus sein.
Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es innerhalb der Landesregierung Überlegungen dazu, Schritte in diese Richtung einzuleiten (z. B. im Rahmen der Innenministerkonferenz)?
2. Erachtet die Landesregierung solche Schritte in der Auseinandersetzung mit dem organisierten Rechtsextremismus für sinnvoll?

2.1 Wenn ja, welche Vorteile würden den Behörden hieraus erwachsen?

3. In welchem Umfang wird bereits heute grenzüberschreitend zum Thema Rechtsextremismus agiert?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. Oktober 1994 wie folgt beantwortet:

Rechtsradikale und rechtsextremistische Bestrebungen werden grundsätzlich durch die nationalen Sicherheitsbehörden der Bundesländer und des Bundes beobachtet, analysiert und ggf. strafrechtlich verfolgt.
Im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung mit erkennbaren Bezügen ins Ausland erfolgen Ermittlungen und Informationsaustausch im Wege der internationalen Rechtshilfe.

Polizeiliche Erkenntnisse, insbesondere zur Bewältigung aktueller Lagen, werden auf den INTERPOL-Wegen oder zwischen den ausgewiesenen Ansprechstellen (z. B. Koordinierungsstellen beim Landeskriminalamt und den französischen Sicherheitskräften in Straßburg) ausgetauscht.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1. bis 4.:

Mit dem Vertrag von Maastricht über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 wurde u. a. die Grundlage für eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger Formen der internationalen Kriminalität geschaffen.
Die vereinbarte Zusammenarbeit vollzieht sich in zwischenzeitlich institutionalisierten Gremien.
Der Komplex Rechtsextremismus wird dabei in erster Linie in der Lenkungsgruppe II (Polizei/Zoll) bzw. in der ihr nachgeordneten Arbeitsgruppe Polizeikooperation behandelt.
Die Arbeitsgruppe Polizeikooperation befaßt sich in ihren Sitzungen unter dem Tagesordnungspunkt „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" regelmäßig mit Fragen der Ausbildung der Polizei, dem Informationsaustausch und der lagebezogenen

b.w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 25. Oktober 1994

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In ihrer Sitzung im Juli 1994 hat die Arbeitsgruppe ein Maßnahmenkonzept zur unionsweiten Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verabschiedet. Die Beteiligung der Bundesländer in den genannten Gremien ist durch die vom Bundesrat bestellten Ländervertreter sichergestellt.

Aufgrund eines Beschlusses der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarates im Oktober 1993 in Wien hat das Ministerkomitee des Europarates eine Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz eingesetzt. Sie soll die rechtliche und politische Situation und die Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz in den Mitgliedstaaten untersuchen, Maßnahmen vorschlagen, allgemeine Empfehlungen formulieren und völkerrechtliche Verträge darauf überprüfen, ob sie ergänzt werden sollten.

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß sich die bereits bestehenden Formen der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus weitgehend bewährt haben. Sie unterstützt ferner die jüngsten Initiativen zur Fortschreibung der Maßnahmen, insbesondere durch die Einsetzung der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz.

Walter Zuber
Staatsminister